

**Resolution
des Kreistages des Landkreises Ahrweiler
vom 8. Juli 2005
zum Erhalt der Arbeitsplätze im Zentrum für
Nachrichtenwesen der Bundeswehr
am Standort Grafenschaft-Gelsdorf**

Der Kreistag Ahrweiler spricht sich nachdrücklich für den Erhalt aller derzeitigen Dienstposten sowie des Standortes Grafenschaft-Gelsdorf als Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ZNBw) aus.

Die Überlegungen, eine größere Anzahl von Dienstposten des ZNBw vom Standort Grafenschaft-Gelsdorf nach Berlin zu verlegen, wurden in einer Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Wilhelm Josef Sebastian vom Bundesministerium der Verteidigung bestätigt. Gegenstand dieser Überlegungen ist die Fusion der lagebearbeitenden Teile des ZNBw mit den entsprechenden Elementen des Bundesnachrichtendienstes am Standort Berlin. Von den Überlegungen sind mehrere Hundert Dienstposten am Standort Grafenschaft-Gelsdorf betroffen.

Sollten diese Pläne umgesetzt werden, so wäre dies ein weiterer schwerer Schlag gegen die strukturelle Entwicklung des Kreises Ahrweiler. Bereits in der Vergangenheit musste der Kreis im Zuge des Umzuges der Bundesregierung von Bonn nach Berlin und der Umstrukturierungsmaßnahmen der Bundeswehr erhebliche Arbeitsplatzverluste und weitere, damit zusammenhängende massive negative Auswirkungen für unsere Region hinnehmen. Zu den unmittelbaren Arbeitsplatzverlusten kommt der Weggang der Familienmitglieder, so dass das tatsächliche Ausmaß weit größere Dimensionen annimmt. Durch die Verlagerung von weiteren Dienstposten würde die Schmerzgrenze für den Kreis und die Gemeinde Grafenschaft mehr als überschritten. Der Kreistag Ahrweiler bekräftigt gleichzeitig auch seine Resolutionen vom 20.10.2000 und vom 04.06.2004 zum Erhalt der Arbeitsplätze am Bundeswehrstandort Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Laut der offiziellen Broschüre „Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland“ vom 1. November des vergangenen Jahres zählt der Bundeswehrstandort Grafenschaft-Gelsdorf zu den verbleibenden Standorten. Die Beschäftigten, die Standortkommune und der Kreis Ahrweiler haben darauf vertraut, dass die Zukunft des Standortes gesichert ist. Mit der Verlagerung der Lagebearbeitung würde das „Herzstück“ des ZNBw nach Berlin verlegt. Der Kreistag Ahrweiler geht davon aus, dass diese Verlagerung eine schleichende Aushöhlung und einen Bedeutungsverlust des Standortes Grafenschaft-Gelsdorf nach sich zieht. Am Ende wäre die Funktionsfähigkeit des gesamten Standortes als Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr generell in Frage gestellt.

Die in Rede stehenden neuen „Transformationsmaßnahmen“ würden eine weitere Schwächung des nördlichen Rheinland-Pfalz zur Folge haben. Zudem wurden erst vor wenigen Jahren rund 200 Millionen DM in die aufwändige Bunkeranlage in Grafenschaft-Gelsdorf investiert.

Vor diesem Hintergrund fordert der Kreistag Ahrweiler alle politisch Verantwortlichen auf, die Interessen des nördlichen Rheinland-Pfalz, des Kreises Ahrweiler und der Gemeinde Grafenschaft mit Nachdruck zu vertreten. Er appelliert an die politischen Entscheidungsträger, sich nachhaltig dafür einzusetzen, dass das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr am Standort Grafenschaft-Gelsdorf mit allen derzeitigen Dienstposten erhalten wird und derartige Verlagerungspläne im Keim erstickt werden.